

Saale-Zeitung.

Sechsendreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren
Ramm mit 30 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf. berechnet und in der Expedition,
von 1. Juni an abwärts und allen
Anzeigen-Expeditionen zugewiesen.
Schluss der Zeile 75 Pf.
Erste Seite 10 Pf., zweite 12 Pf., dritte
Sonntag und Montag einmal,
(sonst zweimal täglich.)
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zahlung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Anzeigungs-
gebühren. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Im amtlichen Postnachweisverzeichnis
unter Nr. 3553 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
Wag Scharre in Halle.
Erscheinenszeiten von 10^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr.
(Verantwortl. Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 174.)

Nr. 454.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 27. September

1902.

Der bevorstehende Quartalswechsel giebt uns Veranlassung,
zum Abmonte auf die wöchentlich ausfallende, auch
Sonn- und Feiertags, erscheinende

„Saale-Zeitung“

mit ihren Beilägen „Tägliches Unterhaltungsblatt“,
„Blätter für's Haus“ und Verlosungsscheine ergeben
einmaligen und zu bitten, behufs Vermeidung jeder Unter-
brechung in der Zustellung die Bestellungen bei den nächst-
liegenden Postämtern oder den Verteilern und in
unseren Expeditionen möglichst frühzeitig anzugeben.

Unser Programm

bleibt nach wie vor das alte. Die „Saale-Zeitung“ will ein
Blatt sein für alle Kreise des Volkes; sie will auf allen
Gebieten des öffentlichen Lebens einmütig und gesund,
bei Zeit und Rechnung tragenden Fortschritt den Weg
bereiten helfen und durch eine sorgfältige Auswahl und
Bearbeitung des Besten, durch Leidenhaftig-
keit, sachliche Erörterung aller Tagesfragen sich
denkwürdig machen in allen Familien, die Interesse haben an der
Gestaltung der Dinge in Staat und Kommune.
Die „Saale-Zeitung“ wird demgemäß im politischen Teil
wie bisher in durchaus selbständiger Arbeit und unter
lediglich durch eigene berufliche parlamentarische und politische
Mitarbeiter ein erschöpfendes Ereignisbild aller Ereignisse
geben, die sich auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik
abspielen und hierdurch wie durch größtmögliche Ausnutzung
aller Hilfsmittel der modernen Journalistik die Stellung und
das Ansehen zu behaupten werden, welche sie seit Jahrzehnten
in der deutschen Presse einnimmt und die ihrer Stimme
die Beachtung der weitesten Kreise gesichert haben.
Im lokalen Teil wird sie festhalten an der vornehmsten
Sache und völlig unabhängigen Erörterung aller
kommunalen Fragen und ihre Meinung offen und ohne
jede Rücksicht aussprechen, wo sie es im Interesse der Fortschritts-
entwicklung der Stadt und des weiteren Ausbaus ihrer Ein-
richtungen für erforderlich hält, wird auch weiter den Vorrang
behaupten, den sie in der Sachlichkeit, Ausführlichkeit
und Reichhaltigkeit auch der lokalen Berichterstattung
besitzt und es sich angelegen sein lassen, nach wie vor allen
gemeinnützigen Bestrebungen ihre Unterstützung und Förderung
zu leisten.
In der Provinz sorgt eine große Anzahl ständiger
Mitarbeiter für schnelle Uebermittlung aller Vorkommnisse,
die Ansporn auf allgemeines Interesse erheben können. Ueber
Ereignisse in weiterem Umfange verweist sich ein
ausgesprochenes Netz von Korrespondenten, was eine eben so reichhaltige
Ausgestaltung dieses Teiles der „Saale-Ztg.“ verbürgt, wie sie
dem vermischten Teil in herkömmlicher Weise zur Seite
steht.

Kunst, Wissenschaft und Literatur haben in der „Saale-
Zeitung“ von jeher eine liebevolle Pflege und Beachtung ge-
funden. Sie werden auch ferner, ihrer Bedeutung für das
öffentliche Leben und den geistigen Fortschritt entprechend,
unter Mitwirkung zahlreicher Kapazitäten der betreffenden
Gebiete berücksichtigt werden, wie denn auch die „Saale-Ztg.“
sich hervorragende Mitarbeiter auf dem Gebiete der Unter-
haltung gesichert hat. So beginnt im neuen Quartal wieder
ein ungenanntes feinsinniges Roman von G. Halden:

„Beachtet“

eine Arbeit, in der mit warmem Gemüthe die Lebensschicksale
eines armen Wädhens das unter gesellschaftlichen Vorurtheilen
hinaus zu leben hat, erzählt werden. Die Gegendliche
der Charaktere und Anschauungen sind scharf herausgearbeitet,
erhalten die Handlung dauernd in Spannung und werden die
wärmste Theilnahme für die Selbsten des Romans, in deren
Kampf und Dasein auch wichtige Fragen der Frauenbewegung
berührt sind.
Ein Frauenleben, das an Wesentliches reiche Leben einer
Frauenleben, bedeutenden Künstlerin, eines edlen „Gotteskinder“,
das auf der Höhe des Erfolges zusammenbricht, nachdem im Kampfe
mit der Welt der Sieg erzwungen, behandelt auch der sich an den
Halbentenen anschließende Roman

„Eigene Wege“

von dem den Lesern der „Saale-Zeitung“ schon vielfach bekannten
Schriftsteller Otto Elster. Ein packender Konflikt bildet eine
sehr ergreifende Lösung, mit der der Roman dennoch verbündet
abschließt. Otto Elster's Roman „Eigene Wege“ ist eine bewo-
nenen Arbeit, mit der die „Saale-Zeitung“ ihren Lesern und
namentlich ihren verehrten Leserinnen einen geeigneten Unter-
haltung in Aussicht stellen kann.
Neben diesen Romanen werden viele andere Ereignisbilder der
erzählenden Literatur: Novellen, Skizzen sowie Glosse's jeder
Geltendmachung in bunter Folge zum Abdruck gelangen, so daß
der Familien-Verkehr, wie sie im „Unterhaltungsblatt“
zum Ausdruck gelangt, im weiteren Maße ihr Recht findet.
Der Handelsartikel, außerordentlich umfangreich und inhalt-
reich, pflegt durch einen ausgedehnten, vorwiegend telegraphischen
Nachrichtendienst die Interessen von Handel, Verkehr und
Gewerbe. Tägliche Meldungen von allen Handelsplätzen be-
ziehen über die Bewegungen auf den Warenmärkten wie an
den Fondsbörsen. Die Notierungen der Berliner Fondsbörse
sowie der wichtigsten Börsenplätze der Saale-Zeitung in der
„Saale-Zeitung“ früher, als sie Berliner Mitteil in der
Berliner selbst ihren Lesern mittheilen können. Monatlich zweimal
veröffentlicht die Verlosungsscheine der „Saale-Zeitung“ die
Ziehungen aller wichtigeren Verlosungen.
Die Ziehungen der preussischen Lotterien
werden nach wie vor vollständig am Tage nach jeder Ziehung
veröffentlicht.

Die „Saale-Zeitung“ ist Publikationsorgan der Königl. Amts-
gerichte zu Halle und mehrere Nachbarrichter, auch veröffentlicht
die Bekanntmachungen des Magistrats und der Volksgewerks-
chaft der Stadt Halle, sowie der Königl. Regierung zu
Merseburg und des Königl. Landratsamts des Saalkreises,
wobei sie von allgemeinem Interesse sind. Anzeigen jeder

Art finden schon wegen der Dichtigkeit der Ver-
breitung der „Saale-Ztg.“ unter dem kaufkräftigen
Publikum der Umgegend in ihr die denkbar
weiteste und erfolgreichste Wirkung.

Der vierteljährliche Abonnementpreis für die „Saale-
Zeitung“ mit Einschluß sämtlicher Beilägen
beträgt bei allen föderlichen Postämtern 3,25 Mark, bei
unseren Expeditionen 2,50 Mark bei täglich einmaliger, 2,75 Mark
bei zweimaliger Zustellung

Der Verlag der „Saale-Zeitung“.

Zum Hamburger Parteitag.

Am heutigen Sonnabend tritt in Hamburg der Partei-
tag der freiwirtschaftlichen Volkspartei zusammen, zu dem
sich Delegirte aus allen Gauen des Reiches überaus zahl-
reich angemeldet haben. Anknüpfend wird die Hamburger
Verammlung den nächsten Besuch von allen bisher ab-
geordneten Parteitagenden der freiwirtschaftlichen Volkspartei auf-
weisen — ein erfreuliches Zeichen für das politische Interesse
und die Kampfeslust in den Reihen des entschiedenen
Liberalismus, welches die Hoffnung berechtigt erscheinen
läßt, daß der Parteitag in Hamburg nicht minder als seine
Vorgänger zur Kräftigung der Partei und zur Festigung
ihrer Organisation beitragen wird.

Vor allem gilt es in Hamburg die Vorbereitungen für
die Neuwahlen zum Reichstag und zum preussischen
Landtag im kommenden Jahre zu treffen. Bezüglich beider
der geschäftsführenden Ausschuss der Partei bestimmte An-
träge, welche die Wahlstatut und das Verhältnis zu anderen
Parteien betreffen, zu stellen beabsichtigt. Wie auf dem
Parteitag in Nürnberg im Jahre 1897, so wird auch
diesmal die Verhandlung der Partei für den kommenden
Wahlkampf einheitlich durch Beschluß des Parteitages ge-
regelt werden, und es ist wohl selbstverständlich, daß solche
Wahlfragen nicht in der vollen Öffentlichkeit verhandelt
werden können. Zwar ist auch diesmal, wie bei den
früheren Parteitagen, ein Antrag auf Öffentlichkeit der
Verhandlungen gestellt, aber es läßt sich voraussehen, daß
der Antrag von Parteitag wiederum mit großer Mehrheit
abgelehnt werden wird. Ueber Anträge, die den kommenden
Wahlkampf, die Organisation der Partei, die Beschaffung
von Geldmitteln und ähnliches betreffen, in breiter
Öffentlichkeit zu verhandeln und dadurch den Gegnern der
Partei in die Hände zu arbeiten, wäre allerdings thöricht,
andererseits aber möchten wir wünschen, daß man von dem
Ausschluß der Öffentlichkeit nicht mehr Gebrauch mache, als
zur Wahrung der internen Interessen der Partei un-
bedingt erforderlich ist.

Die großen politischen Fragen, die gegenwärtig im Vorder-
grund der Erörterungen stehen und voraussichtlich auch den
kommenden Wahlkampf betreffen, kommen auf dem
Parteitag zur Verhandlung an der Hand von Anträgen,
die in der Hauptsache bereits der Öffentlichkeit mitgeteilt
worden sind. Ein Antrag Friedrich zum Reichstag wird
beigetragen, über die volkswirtschaftliche Lage und die
tatsächliche Haltung der freiwirtschaftlichen Volkspartei in dem Kampfe
um den Reichstag eingehend zu verhandeln, auf die neuen
Steuerpläne, die drohende Erhöhung der Biersteuer und die
Tabaksteuer, wie auf die unglückliche Lage der Reichs-
finanzen überhaupt lenkt ein Antrag des Abg. Dr. Wiener
die Aufmerksamkeit. Die Fleischersteuer und die
Viehsteuer wird an der Hand eines Antrages des Abgeord-
neten Dr. Müller-Sagan zur Besprechung gelangen.

Aber nicht allein die aktuellen politischen Fragen der
Lebensmittelvertheuerung und der Steuerpolitik werden den
Parteitag beschäftigen, sondern die großen politischen
Forderungen, welche die freiwirtschaftliche Volkspartei auf den
Hauptgebieten des öffentlichen Lebens stellt, werden erneut
zur Verhandlung gestellt, um angelehnt der kommenden
Wahlen Klarheit zu schaffen über das, was die Partei will
und was sie nicht will, und dergestalt den Vertrauens-
männern der Partei für den Wahlkampf agitatorisches
Material mit auf den Weg zu geben. Mehrere Anträge
behandeln die Stellung der Partei zur Landwirtschaft, zum
Handwerk und Mittelstand und zu den Arbeiterparteien.
Wenn auch das Programm von Eilenau die Anschauungen
der Partei in diesen Fragen festgelegt hat, so erfordert es
doch angelehnt, erneut die Forderungen hervorzuheben
und die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf diese
hinzuwirken. Außerdem sind zahlreiche Anträge verschiedener
Art eingegangen, die voraussichtlich lebhaftere Erörterungen
hervorgerufen werden.

Bei dem umfangreichen Material, das jetzt schon vorliegt,
wird die Führung der Geschäfte keine leichte Aufgabe sein.
Das neben den ernsten Arbeiten auch die Heiligkeit, die
zur politischen Freundschaft die persönliche Intimität, nicht zu
kurz kommt, dafür haben die modernen Hamburger Partei-
versammlungen ausgiebige Vorzüge getroffen. Die Verhandlungen
des Hamburger Parteitages wird der entschiedene Liberalismus
im ganzen Vaterlande mit lebhafter Anteilnahme
verfolgen. Von der agitatorischen Arbeit, von dem Eifer
und der Energie der Freiwirtschaftlichen bei den kommenden
Wahlen hängt zu einem guten Teil mit das Geschick des
Liberalismus für die Zukunft ab. Wäge der Parteitag in
Hamburg einen gegebenen und glücklichen Ver-
lauf nehmen, möge er dazu beitragen, daß die Organisation
der Partei festigt und ihre Kampfesfreudigkeit und Zu-
versicht gestärkt wird.

Deutsches Reich.

Pioniere sozialer Arbeit.

So darf man wohl die Männer nennen, die sich in der
„Gesellschaft für soziale Reform“, bezw. in der „Internationalen
Vereinigung für geistlichen Arbeiterthum“ zusammengefunden
haben, deren Mitglieder in dieser Woche in Köln tagen. Viel
Freud, viel Ehr! Wir sind leider viel zu sehr gewöhnt, die
Menschen nur nach durch die Parteibillie anzusehen. Seit den
Tagen der Bismarck'schen Volkspolitik hat ein selbstgefälliger
Parteiloyalismus sich festgesetzt, der die gemeinsamen Arbeit
politischen Blick trübt und sich dem gemeinsamen sozial-
politischen Blick trübt. Am verhängnisvollsten wirkt dieser
Einfluß in sozialen Dingen. Wo Freie wägen wäre,
berührt Misstrauen und Verdächtigung, weil jeder fürchtet, um
sein politisches „Verdienst“ zu kommen, das ihm die Wähler und
Regierung einweisen soll. Wie es ein Streikman nach oben
geht, so geht es auch ein nach unten. Das konnte man dieser
Lage wieder aus den kritischen Stimmen zu der Kölner Tagung
ersehen. Der „Vorwärts“ rehet von „bürgerlicher Altonaer-
sozialreform“. Er will sich und seine Zukunftsstaat unverdächtig
erhalten. Nur von ihm kann die letzte Rettung des Arbeiter-
standes ausgehen. Etwas kleinlaut wird er allerdings, wenn er
auf Männer praktisch der Sozialarbeit stößt, die man
nicht mit einem „schonbildeigenen“ Attribut abthun kann. Während
der „Vorwärts“ für die Hige und Zimborno, Raumann und
Kausche schmeichelt „Verwirrer“ hat, die eben sollen, geht er
an Raumann, wie Richard Roedel, mit einer gewissen Scheu
vorüber, indem er nur vom „Freiwirtschaftler“ spricht.

Für den „Vorwärts“ war die Generalversammlung in Köln
eine „Lichtungswirtschaftliche Gesellschaft“. Was ist! Darin
steht aber vielleicht ihre Bedeutung. Es ist keine Kommunitarier,
fordern freiwillige Arbeit, ins Werk gesetzt durch die
wissenschaftliche und praktische Erkenntnis von Männern, die an
verschiedenen Punkten unserer Volkswirtschaft mitwirken. Wie
wenig es für sie Dogmen giebt, bewies der Zusammenstoß
wegen der sozialdemokratischen Konsumvereine. Liberale Männer,
wie Brentano und Richard Roedel, tobten den Kreuz-
nader Beschluß, trotzdem Dr. Stich für ihn in die Breite
warf. In der „Gesellschaft“ ist der sozialdemokratische Parteitag
der „Gesellschaft für soziale Reform“ allerdings viel weiler über

Das andere freiliche Lager stellt die „Sachliche der Freie“
der Mitoffenbarung, weil sie durch die Arbeit der Freie eigene
Beitrag leisten in, durch die „Partei“ eine Auslösung der
„Deutschen Volkswirtschaftlichen Vereinigungen“ ab. Die Ge-
neralversammlung war danach ein „wunderschöner“ über alle
möglichen und unmöglichen sozialpolitischen Dinge. Männer
wie Roedel u. a. sind als „Sozialpolitiker“ fast allgemein be-
kannt. „Ahn“, „phantastisch“ sind die Arbeiten in Köln gewiß
nicht gewesen; im Gegenteil; es ist über recht reale und aktuelle
Dinge verhandelt worden. Wir brauchen nur an die Verpredung
des Vereins- und Besammlungsrechts zu erinnern. Weiter kann die
Forderung in Köln nicht unterliegen werden als
durch die Thatsache, daß Fräulein Simon als Statistik im
„Segment“ sitzen mußte. Aber etwas zu sagen weiß, darf nicht
Seemannsrecht sein; gleichwohl im Mann oder Weib. Die Frage
der Frauenarbeit ist in breitem Rahmen zur Er-
örterung gebracht worden. Die Frau ist Mutter und
Gärtin und erst dann Fabrikarbeiterin.

Sozialpolitik ist die Politik der organischen Wechselbeziehungen
und nicht einer zufälligen Zusammenkunft im Sinne der
„Deutschen Volkswirtschaftlichen Vereinigungen“. Es darf mit
Genugthuung erfüllt, aus dem Munde eines Industriellen,
des Herrn W. Brand's (W.-Glabach), zu hören, daß die Fest-
setzung eines zehnjährigen Parteitagessatzes aus finanziell un-
bedenklich sei. Wie stellt sich aber die Regierung dazu? Der
„Vorwärts“ hat ihr vorgeworfen, daß sie mit der betreffenden
Enquete beschäftigt, Material gegen den zehnjährigen
Arbeitstag der Frauen zu sammeln. Die Antwort liegt noch
aus. Ueber die Erhöhung des Schulpfandes auf 18 Jahre ist
weiter nicht zu sprechen. Alles in allem: die Kölner Tagung
der Sozialpolitik war eine gewandvollste Aktion, aber ethische,
objektive Arbeit ohne Parteibillie. Und das ist die beste Sozial-
arbeit.

Politisch.

* Der Abg. Webel hatte vor einigen Tagen den Centrums-
mann Schädler zu einem Redebuch nach Bamberg ein-
geladen, wo die härteren Beilegungen, die Schädler durch
seine scharfe Kritik vom Münchener Parteitag den Sozial-
demokraten gegenüber hatte, geäußert werden sollten. Herr Schädler
hat es jedoch vorgezogen im letzten Augenblicke abzulegen.
Darauf beudehnt, wie der „Borw.“ berichtet, Webel die
„Arbeiterfreundlichkeit“ des Centrums in zweifelhaftigem
Vorzuge; er ging besonders mit Dr. Schädler scharf ins Gericht.
Die aus ihrer zweitausend Personen bestehende Versammlung
stimmt ihm begeistert zu. Von den zahlreich anwesenden
Gegnern leistete niemand der Einbindung Webel zu widerlegen,
folge. Es wurde gegen zwei Stimmen eine Resolution an-
genommen, die sich mit Webel's Ausführungen einverstanden
erklärt und verlangt, daß die sozialistischen Forderungen mit
aller Energie prorogiert werden. Die Resolution lautet:

Am Centrum wird eine Partei existiert, die besteht in, die
heutigen unzulässigen Zustände mit allen Mitteln aufrecht zu
erhalten und durch ihre bildungsfeindliche Haltung,
durch Förderung des Militarismus, durch ihren
Widerstand gegen jede ernliche Sozialreform, durch
ihre Haltung in der Berliner die Lage der arbeitenden
Klasse unrettbar zu gestalten und deshalb hauptsächlich
durch Unterstützung der weite Kreise der Arbeiterschaft nach
schaffen bekämpft werden mußte.
Nun hat Dr. Schädler das Wort und wird voraussichtlich mit
gleicher Stimme quittieren. Die Sozialdemokraten mögen sich
merken, daß man mit Resolutionen allein, nach dazu wenn sie

